für die Stadt Nassau

AZ:

17 DS 17/ 0011

Sachbearbeiter: Frau Jachtenfuchs

VORLAGE

Gremium	Status	Datum
Stadtrat Nassau	öffentlich	08.07.2024

Neufassung der Hauptsatzung**Sachverhalt:**

Die Hauptsatzung der Stadt Nassau vom 23.12.2019, zuletzt geändert am 01.03.2023 trifft u.a. Regelungen zu den vom Stadtrat zu bildenden Ausschüsse als auch Inhalte was Beigeordnete betrifft.

Die im Stadtrat vertretenen Fraktionen haben sich im Vorfeld der konstituierenden Sitzung auf eine Neuordnung der zu bildenden Ausschüsse verständigt. Dazu gehört auch, dass die Bildung eines Teils der Fachausschüsse nicht in der Hauptsatzung verankert wird, sondern der Stadtrat über deren Bildung beschließt, da man hier nach 3 Jahren eine Überprüfung ins Auge fasst.

Die Kompetenzen des Haupt- und Finanzausschusses, des zu bildenden Ausschusses für Bauangelegenheiten, Liegenschaften und Verkehr sind in § 4 der Hauptsatzung fest geregelt, so dass diese zwei Ausschüsse als auch der Rechnungsprüfungsausschuss, der gesetzlich zu bilden ist, in § 3 Abs. 1 der Satzung verankert bleiben / werden.

Bei den Stundungen und Niederschlagungen gibt es eine gesetzliche Änderung und damit auch Anpassung der Hauptsatzung dahingehend, dass Stundungen als auch befristete Niederschlagungen Aufgabe der Verbandsgemeindeverwaltung darstellen und der Stadtbürgermeister hierüber 1 x jährlich informiert wird. Hintergrund hierzu ist, dass für die Stadt mit diesen Billigkeitsmaßnahmen keine Einnahmeausfälle entstehen. Dies wird in der Satzung in § 4 Abs. 2 Nr. 5 und § 5 Nr. 4 rechtlich angeglichen, in dem dort künftig nur noch die unbefristete Niederschlagung sowie der Erlass geregelt sind.

Die Stadt beabsichtigt auf der Grundlage der fraktionsübergreifenden Gespräche Geschäftsbereiche zu bilden, die auf Beigeordnete übertragen werden. Dies wird in § 6 der Satzung ergänzt, ebenso hierfür der Rechtsanspruch auf monatliche Aufwandsentschädigung nach der Kommunalen Aufwandsentschädigungsverordnung in einem eingefügten § 10 Abs. 2 der Satzung.

Die Aufwandsentschädigung für Beigeordnete bei einer Einzelbeauftragung für die Vertretung bei Veranstaltungen (§ 10 Abs. 5 der Satzung) soll künftig von 20,00 auf 25,00 € angehoben werden.

Die Aufwandsentschädigung für Mandatsträger – Sitzungsgeld - soll von 15,00 € auf 25,00 € je Sitzung erhöht werden unter gleichzeitigem Wegfall der Pauschale von 5,00 € je Sitzung, die zur Abgeltung des Materialaufwandes bei Teilnahme am elektronischen Ratsinformationssystem gewährt wurde. Die Entschädigung an die Fraktionsvorsitzenden soll künftig doppelt so hoch wie das v.g. Sitzungsgeld sein. Diese Änderungen sind in § 7 Abs. 2 und § 8 Abs. 1 der Satzung aufgenommen.

Die Satzung soll nach § 11 der Satzung rückwirkend zum Beginn der neuen Legislaturperiode zum 01.07.2024 in Kraft treten.

Der beigefügte Entwurf in Form einer Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Nassau – Änderungen sind in Rot eingetragen - trägt den Änderungswünschen der Fraktionen Rechnung.

Beschlussvorschlag:

Die vorliegende Neufassung der Hauptsatzung wird beschlossen.

Uwe Bruchhäuser
Bürgermeister